

Leserbrief: Rad nicht zurückdrehen
Ausgabe vom 11. Dezember 2014

Sachwissen vermitteln

Filmemacher wissen, dass ein Film aus schnell durchlaufenden Einzelbildern zusammengesetzt ist und dass dadurch in einem Wildwestfilm die Räder einer Kutsche rückwärts drehen. Bezüglich Schule wurde das Rad während der letzten drei Jahrzehnte um mehr als zwei Jahrhunderte zurückgedreht. So ungefähr um 1970, nach dem Lehrmangel der 1950er- und 1960er-Jahre, setzte die katastrophale Schulreform ein. Es kam unter anderem zur fatalen Theorie des «lernen Lernens», wo doch wissenschaftlich nachgewiesen ist, dass jedes Neugeborene mit der Fähigkeit zu lernen auf die Welt kommt. Methoden und Praktiken werden wieder eingesetzt, die ins 19. Jahrhundert gehören. Das «Jahrhundert des Kindes» ist mit Beginn des 21. Jahrhunderts endgültig flötengegangen. «Humanes Kapital» wird gefordert und soll mit «Beschulung» erreicht werden. Immer wieder wird «Bildung» betont. Dabei geht es konkret um Unterricht. Sachwissen muss vermittelt werden. Das ist das Anliegen der für alle zugänglichen und von allen finanzierten Volksschule. Wer sich in einer Sache auskennt, fühlt sich gut und unterstützt andere. Er oder sie kann auf so etwas Schwammiges wie eine Schulung in Selbst- und Sozialkompetenz verzichten. Und wenn schon von Hexen die Rede ist, so sei festgehalten, dass die letzte in der Eidgenossenschaft geköpfte Hexe von St. Gallen an Glarus ausgeliefert wurde.

Barbara Müller Dr.
Kapfstr. 4b, 9436 Balgach

Mutter gesteht Tötung ihrer Kinder – Behörde unter Druck
Ausgabe vom 6. Januar 2015

Erstaunlich wenige Verzweiflungstaten

Eine Mutter tötet ihre Kinder, weil die Behörden ihr die Kinder entziehen wollten. Unsägliches Leid ist mit dieser Verzweiflungstat geschehen. Bei Trennungen und Scheidungen werden jedes Jahr unzähligen Vätern die Kinder weggenommen – auch nach der längst überfällig gewesenem Einführung der gemeinsamen elterlichen Sorge als Regelfall. Die gemeinsame Sorge beinhaltet nur ein Mitspracherecht. Zuvor waren Väter rechtlos, Kinder sowieso.

Bei all diesen Kindswegnahmen passieren eigentlich wenig Verzweiflungstaten – erstaunlicherweise. Der Schmerz eines Vaters, wenn ihm seine Liebsten weggenommen werden, ist wohl kaum geringer als jener einer Mutter. Schön, dass bei solchen Kindswegnahmen nicht mehr Verzweiflungstaten passieren. Gemeinsame Elternschaft unter Einbezug der gesamten Familie – bekannte Strukturen – würde

Ständerat vertagt Abstimmung über Durchsetzungs-Initiative
Ausgabe vom 11. Dezember 2014

Quittung für Nein zu Ecopop

Nun erhalten die Schweizer als Dank für die Ablehnung der Ecopop-Initiative die Quittung. Die Grünen Rytz, Glättli und Girod wollen es uns mit allerlei Verboten extrem schwer machen. Die drei waren vor der Abstimmung über Ecopop sehr leise, was die Umwelt angeht, doch nun zeigen sie ihre wahren Fratzen. Doch auch die SVP fuhr

Eltern vor Verzweiflungstaten bewahren. Von diesem Denken sind staatliche Stellen noch weit entfernt.
Patrick Baumann
Schulstr. 14, 9323 Steinach

Flaach war Endstation

Flaach war Endstation für zwei völlig unschuldige Seelchen. Trotz unzähligen Umzügen innert zwei Jahren, trotz vielen Straftaten und Verurteilungen zu unbedingten Strafaufenthalten scheint es, dass keine der zuständigen Personen bei Kesb und anderen Behörden das geringste Interesse dafür zeigte, die wahren Gründe der vielen Wohnungswechsel und Gefängniseinweisungen zu hinterfragen. Da hätten doch die Alarmglocken bereits läuten müssen. So wurde es hingenommen, dass zwei Kleinkinder in derlei Verhältnissen aufwachsen. Was hätte aus den Kindern bei solchen Vorbildern werden sollen? Was für Leute sind bei der Kesb tätig? Und sind sie überhaupt geschult?

Hans Gamliel
Hauptstr. 83, 9400 Rorschach

auf dem rot-grünen Dampfer mit. Es ist schwer zu begreifen, dass sich die SVP mit ihren Feinden gegen das Volk stellte. Die SVP hätte gut daran getan, sich gar nicht in den Abstimmungskampf einzumischen. Es macht den Anschein, als wäre es der SVP mit der Umsetzung der Initiative gar nicht ernst. Eigentlich müsste das Nein-Komitee der Ecopop-Initiative der SVP als Dank für die Unterstützung entgegenkommen und die Ausschaffungs-Initiative wie vom Volk gewollt umsetzen. Bei der Masseneinwanderungs-Initia-

Streit um Rollstuhlantrieb
Ausgabe vom 12. Dezember 2014

IV muss Schiebehilfe übernehmen

Das Urteil des Bundesgerichts bezüglich «Schiebe- und Bremshilfe» hat mich sehr enttäuscht und empört. Dass der Entscheid zu Ungunsten der behinderten Frau ausgefallen ist, kann ich nur darauf zurückführen, dass die Mitglieder des Bundesgerichts keine Ahnung haben, worum es geht. Als Mutter eines schwerstbehinderten Kindes kenne ich die Situation sehr gut. Meine erwachsene Tochter kann den Rollstuhl auch nicht selbst bedienen, das heisst, die Eltern oder die Betreuerinnen schieben den Rollstuhl. Gerade Angehörige von Behinderten, die den Rollstuhl nicht selber schieben können, sind auf diese Hilfe angewiesen. Dies gibt ihnen die Möglichkeit, mit den erwachsenen Behinderten in die Natur und unter die Menschen zu gehen. Die Rollstühle mit den körperangepassten Innensitzen sind recht schwer, mit dem Gewicht des Behinderten gibt das schnell 100 bis 120 Kilogramm,

welche die Betreuungsperson schieben muss. Geradeaus ist dies kein Problem. Doch dieses Gewicht bergauf zu schieben, gleicht einem Kraftakt, der schwer zu meistern ist. Das heisst, man muss entweder ebenerdig wohnen, alle Spaziergänge, welche aufwärts führen, meiden (was in der Schweiz illusorisch ist), oder man verfügt über enorme Körperkraft.

Wir haben mit unseren behinderten Kindern ohnehin genug Hindernisse zu überwinden. Darum sollten Erleichterungen ermöglicht werden, ohne Paragraphenreiterei. Die Schiebehilfe muss durch die IV übernommen werden, denn nur so können die Behinderten an der Gesellschaft teilnehmen! Ich selber habe für meine Tochter eine Schiebe- und Bremshilfe und möchte diese nicht mehr missen. Ihre Lebensqualität ist dadurch enorm gestiegen und mein Rücken wird sehr entlastet. Ich wünsche aber diese Erleichterung allen Eltern, die auch ohne diese bürokratische Kleinlichkeit genug Sorgen haben.

Theresia Gerhard-Hess
Seminarstr. 6, 9200 Gossau

«Citoyens» gegen die politischen Extreme

Im Idealfall wäre es schön, wenn jeder Bewohner in der Schweiz im Rahmen seiner Möglichkeiten einen konstruktiven Beitrag für «unser» Land leisten würde. Ich kann aber nicht erwarten, dass unsere ausländischen Mitbewohner die «Willensnation Schweiz» verstehen oder gar lieben. Die politische Zukunft müssen die Schweizer schon selber gestalten. Damit dies gelingt, gilt es, vermehrt den «Citoyen», den selbstbewussten, aufgeklärten, (Stimm-)Bürger zu fördern. Weltoffenheit und Patriotismus müssen kein Widerspruch sein. Ganz im Gegenteil. Das eigentliche «Gift» in einer Demokratie, noch mehr in einer direkten Demokratie, ist der grosse und immer grösser werdende Anteil von «Nicht-Wählern». Das Fördern von politischer Aufklärung und sozialem Engagement ist ein Gebot der Stunde und die beste Prävention, politischen Extremen auf intelligente Art und Weise Paroli zu bieten.

Raffaele Ferdinando Schacher
Blumeneggstr. 52, 9403 Goldach

Tierschutz bei STS an zweiter Stelle

Es ist typisch, dass der Präsident des Schweizer Tierschutzes STS die Initiative für ein Verbot der Baujagd nicht unterstützt. Zwar ist er auch gegen die Baujagd, aber die Initiative will er nicht unterstützen.

Das ist das ewig gleiche, feige Muster des Schweizer Tierschutzes: Er ist lauthals für Tierschutz, damit die Spendengelder fließen, aber wenn es konkret wird, ist er kleinlaut dagegen, um sich beim Esta-

blishment nicht unbeliebt zu machen. So hat der STS bei seiner letzten Volksinitiative, noch bevor die Unterschriften gesammelt waren, erklärt, er werde die Initiative zurückziehen. Damit beruhigte der STS das politische Establishment, während er seine Mitglieder und Gönner glauben machte, er setze sich für einen besseren Tierschutz ein. Nun das gleiche Spiel beim Baujagdverbot.

Erwin Kessler
Präsident Verein gegen Tierfabriken Schweiz VgT.ch
Im Bühl 2, 9546 Tuttwil

WANDERPARADIES OSTSCHWEIZ

Von der Stadt durch den Wald zum See

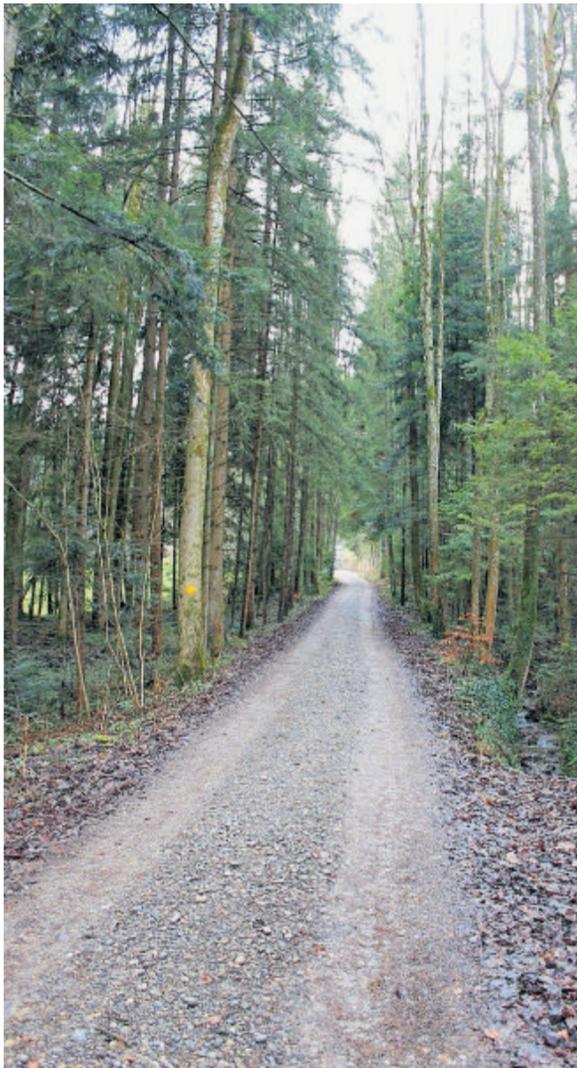
Gossau-Bruggwis-Roserwald-Herisau-Gübsensee



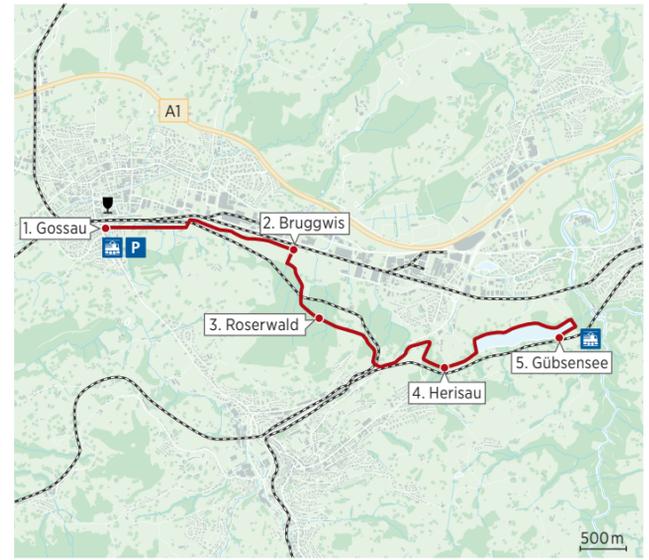
Nach zwei Stunden ist man am Ziel: Der Gübsensee.

Start und Ziel: Gossau-Gübsensee
Wanderzeit: 2 Stunden
Weglänge: 7,1 km
Gesamtaufstieg: 183 m
Gesamtabstieg: 137 m
Ausrüstung: gutes und bequemes Schuhwerk
Gaststätten: Gossau: Restaurant Quellenhof (0713851146, 365 Tage im Jahr geöffnet), mehrere Restaurants in Winkeln oder Herisau
Parkplätze: Bahnhof Gossau
Öffentlicher Verkehr: Start (Bahnhof Gossau) und Ziel (Bahnhof Gübsensee) sind gut erschlossen.
Kartenmaterial: Landeskarte 1:25 000, Blatt 1094 Degersheim

Diese relativ kurze Wanderung kann im Sommer wie auch im Winter unternommen werden. Sie führt vom Bahnhof Gossau zuerst in den Roserwald und nachher – mit einem ganz kurzen Abstecher nach Herisau – an den Gübsensee im Westen der Stadt St. Gallen. Dazwischen sieht man viel von der Gossauer Natur, kann in der Ferne das Schloss Oberberg sehen und bei guter Sicht ab und zu die tolle Aussicht geniessen. Viele Gaststätten hat es nicht auf dem Weg. Das ist aber nicht weiter schlimm, da die Wanderzeit nicht sehr lang ist. Trotzdem empfiehlt es sich, gutes und bequemes Schuhwerk anzuziehen. Vor allem, wenn es Schnee hat oder nass ist. (mbu)



Die Wanderung zum Gübsensee führt durch den Roserwald.



Bilder: Michel Burtscher, Karte: sgt

Einen ausführlichen Wanderbeschrieb – auch als PDF zum Herunterladen – sowie weitere Bilder finden Sie im Internet unter www.tagblatt.ch/wanderparadies.



Tierfreunde kommen nicht zu kurz.



Ein Schwan weist den Weg.

